

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Geiger, Dr. Holtz, Dr. Stercken, Frau Fischer, Dr. Wulff, Dr. Klejdzinski, Frau Luuk, Wolfgramm (Göttingen), Frau Eid und der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Aussprache aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Interparlamentarischen Union

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Arbeit der 1889 gegründeten Interparlamentarischen Union nachhaltig. Er mißt dem Bemühen der zur Zeit 112 Mitgliedsgruppen umfassenden IPU, zu Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern und zur Stärkung parlamentarischer Institutionen, insbesondere durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch und Empfehlungen, beizutragen, hohe Bedeutung bei.
2. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die IPU die einzige universelle Parlamentarierorganisation ist, die die gleichen Ziele wie die Vereinten Nationen verfolgt, und deshalb seine volle Unterstützung verdient.
3. Der Deutsche Bundestag würdigt vor allem die in der 100jährigen Geschichte der IPU erreichten Ergebnisse der Friedenssicherung und Streitschlichtung sowie das Bemühen, die Anwendung von Gewalt zur Regelung von Konflikten zu verhindern.
4. Der Deutsche Bundestag sieht in den Interparlamentarischen Konferenzen ein Diskussionsforum, in dem wichtige Probleme der Gegenwart und Zukunft, insbesondere in den Bereichen der Friedenssicherung, der Ost-West- und Nord-Süd-Beziehungen, des KSZE-Prozesses und der Menschenrechte diskutiert und dementsprechende Empfehlungen verabschiedet werden. Diese Empfehlungen sollten verstärkt in die politische Arbeit der nationalen Parlamente und Regierungen einbezogen werden.
5. Der Deutsche Bundestag wird auch zukünftig die wertvolle und wirksame Arbeit des IPU-Sonderausschusses für die Verletzung von Menschenrechten an Parlamentarierinnen und Parlamentariern nachhaltig unterstützen.

6. Der Deutsche Bundestag nimmt die während der 100-Jahrfeier auf der 82. Interparlamentarischen Konferenz in London verabschiedeten und im folgenden genannten Resolutionen zur Kenntnis und wird deren Zielsetzungen seinen weiteren Beratungen zugrunde legen:

1. Friedlicher Zugang zum Weltraum und Nutzung des Weltraums zum Wohle der Menschheit,
2. das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Nahrungsmittelproduktion und die Suche nach vernünftigen und wirksamen Lösungen für das Schuldenproblem der Dritten Welt, um die Ernährung der Weltbevölkerung zu gewährleisten,
3. Unterstützung der Parlamente für den Unabhängigkeitsprozeß in Namibia, die Abhaltung freier und gleicher Wahlen und die Errichtung einer neuen den Willen des Volkes widerspiegelnden Regierung,
4. Unterstützung der Parlamente für die Verfassungsinstitutionen Kolumbiens, die durch die Drogenmafia ernsthaft bedroht werden.

Bonn, den 14. September 1989

Frau Geiger

Dr. Holtz

Dr. Stercken

Frau Fischer

Dr. Wulff

Dr. Klejdzinski

Frau Luuk

Wolfgramm (Göttingen)

Frau Eid

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion